

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 41 / 44. Jg.

9. Okt. 1931

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:
Hans Renner, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schloß, Montag - Fernruf: B 3, Litzow 5583.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsgort Schkenditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Renner, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Mit in der Reihe!

Der Schutzverband kündigt das Lohnabkommen

Der zweite Lohnabbau der Gemeindearbeiter, der Beamten und Angestellten der Behörden kraft Notverordnung, und der vor wenigen Tagen gefällte und dann für verbindlich erklärte Schiedsspruch im Bergbau mit einer 7prozentigen Lohnkürzung neben all der andern Lohnabbauerei in den verschiedensten Gewerben ließ ganz deutlich eine neue Lohnabbauwelle erkennen und die Regierung half fleißig mit, diese Welle richtig in Fluß zu bringen. Selbstverständlich ist unter solchen Umständen die Reichsbahn und die Reichspost auch mit von der Partie und haben die Lohnvereinbarungen ebenfalls gekündigt. Die Erklärungen des Reichsarbeitsministers Stegerwald, sich einem zweiten allgemeinen Lohnabbau zu widersetzen, mögen zwar gut gemeint gewesen sein, waren aber wieder einmal christliche Luft.

Wenn die Lohnabbauerei so im Gange ist, darf natürlich die deutsche „Wirtschaft“ mit ihren guten Ratschlägen zur Bedrückung der Arbeiterklasse und der Wiederaufrichtung der Individualwirtschaft nicht fehlen. Um bei dem Wettrennen zur Wirtschaftskatastrophe mit dabei zu sein, haben sich die Spitzenverbände des deutschen Unternehmertums wieder zusammengesetzt und wieder ein Programm ausgearbeitet, das als Appell an die Reichsregierung gerichtet worden ist und verlangt, „in kraftvoller Entschlossenheit und in voller Unabhängigkeit von Interessenten- und Parteipolitik“ sofort zur Rettung der deutschen Wirtschaft aus der Erschöpfungskrise vorzugehen.

Was das deutsche Unternehmertum zur Rettung der deutschen Wirtschaft als „ihre“ Wirtschaft fordert, kann jedes Kind schon längst herbeten: Als Selbsthilfe Abbau der Aufgaben und Ausgaben der öffentlichen Hand, Lohnabbau, Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, Abbau der Sozialgesetzgebung, Senkung der Tarife der Reichsbahn, Reichsreform und anderes. Es ist alles daselbe, was zum Teil praktiziert, uns so herrlichen Zeiten entgegengeführt hat. Würde nicht jeder halbwegs klarblickende Arbeiter, daß das Unternehmertum jede Krise ausnützt das kapitalistische Wirtschaftssystem zu stützen, erzielte Errungenschaften zur Aufrechterhaltung einer besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsform wieder zu vernichten und so den Klassenkampf schärfstens zu führen, bliebe nur die Schlußfolgerung, daß total Verblödeten die Wirtschaft ausgeliefert ist. Vernunft gebietet direkt das Gegenteil an Wirtschaftsmaßnahmen der Gegenwart, als die Unternehmer in ihrem Appell an die Reichsregierung verlangen. Was geschehen müßte, wenn es nur gelte der Wirtschaft zu helfen und den Menschen zu dienen, sägen Gewerkschaften aller Richtungen in ihrer Antwort auf die Verlangen der Unternehmer

klar und eindeutig. Aber es geht nicht um den besten Weg aus dieser Weltwirtschaftskrise, es geht nicht um die Rettung der Wirtschaft, es geht nicht um besten Dienst am Menschen, um Sorge über sein Wohlbefinden: Es geht um den Profit, den dreimal geheiligten Profit! Alles andere ist vages Gerede, andere verdummendwollendes Geschwätz.

Diese ganz offen liegenden Tatsachen festzustellen, heißt zugleich auszusprechen, daß unsere Unternehmer selbstverständlich mit von der Partie der Individualwirtschaftler sind und auch ihren Teil dazu beitragen wollen, das Rad der wirtschaftlichen Entwicklung zurückzudrehen. Natürlich gilt auch ihr Ruf: „Zurück zur Individualwirtschaft“ nur soweit, als es die Interessen der Arbeiterschaft angeht. Konzern- und Kartellbildungen, Preiskonventionen und Richtpreislagen, kollegiale Abkommen und ähnliche Dinge sollen selbstverständlich ihre Individualwirtschaft zur besseren Ausbeutung des Verbrauchers zieren. Auch ihr Wollen ist nur auf den Ton abgestimmt: „Wenn ich nur habe, dann frage ich nichts nach Himmel und Erde.“

Wenn man dem noch hinzufügt, daß schon vor Jahren vom Schutzverband für das Steindruckgewerbe die Weimar-Weisheit geboren wurde, daß „den Lohntreibereien der Gehilfenschaft eine Grenze gezogen werden muß“, dann ist die selbstverständliche Annahme, daß der Schutzverband das bis 31. Oktober gültige, seinerzeit im Reichsarbeitsministerium trotz Geltung des Leistungslohnens gebrachte Lohnabkommen kündigen werde, einfach gegeben. Und der Schutzverband hat zum zulässigen Termin des 30. September 1931 dieses Lohnabkommen gekündigt. Das Kündigungsschreiben des Schutzverbandes an den Verbandsvorstand lautet in seinem entscheidenden Teile wie folgt:

„Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses unseres Verbandsausschusses beantragen wir unter Bezugnahme auf die Protokollnotiz zu § 3 Ziffer 4 des Tarifvertrages für das Deutsche Lithographie-, Offset- und Steindruckgewerbe zum 31. Oktober 1931 eine Revision der Löhne mit der Maßgabe, daß ein den wirtschaftlichen Notwendigkeiten unseres Gewerbes entsprechender erheblicher Lohnabbau vereinbart wird. — Wegen eines Verhandlungstermins werden wir uns mit Ihnen in Verbindung setzen.“

Der Schutzverband verlangt also in trauer Gemeinschaft mit den anderen sogenannten „Wirtschaftsführern“, „daß ein den wirtschaftlichen Notwendigkeiten unseres Gewerbes entsprechender erheblicher Lohnabbau vereinbart wird.“ Er ist also nicht der Meinung des Textilindustriellen Gütermann,

daß zur Behebung der Wirtschaftskrise als wichtigstes gehört:

1. „Die Arbeitszeit zu regeln, daß möglichst viele sich in die Arbeit (und damit das Arbeitseinkommen) teilen.
2. Die Löhne nicht auf einen Tiefstand fallen zu lassen, daß die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger zu weit absackt“.

sondern er ist der Meinung, daß zu einem erheblichen Lohnabbau gewerbliche Notwendigkeiten zwingen. Wie die wirtschaftlich-gewerblichen Notwendigkeiten aussehen und wo sie zu finden sind, behält der Schutzverband vorläufig für sich. Das tut er sicher mit guter Überlegung. Denn Herr Ludwig Goldschmidt aus Mainz, der auch von der Zukunft ist, ist ganz anderer Meinung über die Ursachen unserer Krise. Das sagt er in einem Artikel der „Papier-Zeitung“ Nr. 77, betitelt: „Ein Weg aus unserer Krise“. Herr Goldschmidt schreibt in diesem Artikel: „Diese Spezialkrise (des graphischen Gewerbes) ist von der Krise vieler anderer Industrien und Gewerbe vor allem dadurch verschieden, daß unserem Gewerbe mehr durch ein unglaubliches Schleuderesen als durch Auftragschwund Vernichtung droht.“ Die weiteren Ausführungen sind der Beweis dafür, daß Herr Goldschmidt den Finger auf dem richtigen Fleck hat. Die Schleuderei, die oft direkt ekelhafte Preisdrückerei ist der einzige wirkliche und wahre Grund der Unternehmer, im Graphischen Gewerbe Lohnrücker zu begehen. Unfähig, diesen Gewerbeschädlingen die Stirn zu bieten und ihnen ihr trauriges Handwerk zu legen, flüchten sie in den Nebel der Individualwirtschaft und vermeiden mit Hilfe gesenkter Löhne den durch Schleuderei gefährdeten Profit wieder auf die Beine zu bringen. Würde die Gehilfenschaft zu solchem Tun die Hand bieten, wäre sie wert zu erleiden, was die Unternehmer in vollständiger Verneinung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Gewerbes ihr anzutun die Absicht haben. Die Gehilfenschaft wird aber dazu ihre Hand nicht bieten! Zu Verhandlungen, wie bisher immer, zu jeder Zeit bereit, lehnt sie einen Lohnabbau als Weg aus unserer Krise rundweg ab. Wenn Lohnabbau irgendwelche Hilfe bringen könnte, dann müßte nach dem Lohnraub vom 21. Mai irgendetwas an Besserung zu spüren sein. Aber das Gegenteil ist zu verzeichnen: Je mehr der Lohn gesenkt wurde, desto höher stieg die Zahl der Arbeitslosen. Das ist das Ergebnis der Wirtschaftsweisheit der „Wirtschaftsführer!“ Das allein genügt und zwingt zu der Stellungnahme:

Ein Lohnabbau kann nicht vereinbart werden!

Der Weg aus der Wirtschaftskrise!

Antwort der Gewerkschaften auf das Unternehmerprogramm

Die Spitzenverbände der drei gewerkschaftlichen Richtungen antworten den Unternehmern auf ihr Programm sachlich und scharf wie folgt:

Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslösen Kampf aller gegen alle und die Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Diese Forderungen stellen

dieselben Unternehmervverbände, die in Vergangenheit und Gegenwart in stärkster Weise öffentliche Hilfe verlangt und in Anspruch genommen haben.

Wenn jemals, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weiter Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen.

Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnot der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haitlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot in

den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems

in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. *Verschärft* wurde sie durch überspannten Protektionismus, Subventionspolitik, Überrationalisierung, Kapitalfehlleitung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit 1 1/2 Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben.

Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not.

Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein.

Die *krasse Interessenpolitik* der Unternehmervverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Überwindung der Wirtschaftskrise führen. *Niemals* wird die deutsche Arbeitnehmerschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben.

Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die *Abkehr* von dem seit-

her beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.

2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.

3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.

4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.

5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.

6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleitungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.

7. Rückichtslose Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewußter Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegverschuldung und der Reparationen.

Berlin, den 1. Oktober 1931.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:
P. Graßmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:
Aufhäuser.

Deutscher Gewerkschaftsbund:
Otte, Hegewald, Eudenbach.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände
Neustedt, Lemmer, Rössiger.

Wunderdoktoren!

Der Kapitalismus sitzt in einer Sackgasse. Verzweifelt sucht er einen Ausweg, seine bisher unumschränkte Herrschaft weiter aufrecht zu erhalten. Jedes Mittel ist ihm recht. Seine Naziterrortruppen hetzt er auf die Arbeiterklasse, die er zugleich in die schärfste wirtschaftliche Not gestürzt hat. Eine Notverordnung jagt die andere. „Nationale Selbsthilfe“, wie sie sie verstehen, ist die neue Schwindelparole, und Entwertung des Geldes immer noch eines der Ziele. Der Plan ist: Wiedergesundung durch Herabdrückung des Lebensstandards der Arbeiterklasse auf den Stand des chinesischen Kulis; mit einer Handvoll Reis täglich soll er genüssig sein Leben fristen, auf daß sich ihm die Pforten des Himmels öffnen, wenn er in einer Ecke kriecht. Gar merkwürdige Praktikanten sind diese Wunderdoktoren der Menschheit.

Der Fetisch des Lohnbaues

Wir hörten jahrelang auf den Gebetmühlen der kapitalistischen Pfaffen jeder Sorte die Leier: zur Senkung der Preise müssen die Gesteungskosten gesenkt werden, damit die Auftragsdecke größer wird und so den Arbeitsmarkt entlastet. Zu diesem Zwecke müssen die Löhne herunter und muß die Sozialversicherung verschlechtert werden. Schuld an der Krise war die Unfähigkeit der Gewerkschaftsführer, schuld war der Marxismus. Es fand sich eine Regierung, die ihre Schlichter anwies, die Löhne abzubauen. Und dieselbe Regierung verschlechterte die Sozialversicherung auf das ungeheuerlichste. Die Wünsche der Unternehmer sind erfüllt und der Erfolg: Die Auftragsdecke wurde kleiner, die Arbeitslosigkeit stieg und steigt.

Aber auch ein anderes zeigte sich. Im Zusammenbruch der Nordwolle, der Danabank und einer Reihe anderer Großunternehmungen enthielt sich die vollendete Unfähigkeit der so viel gepriesenen Wirtschaftsführer und die Nordwolle brach zusammen trotz der schandbarsten Löhne, die je in Deutschland bekannt wurden. Mit ihnen brach auch die Lüge von der marxistischen Miß-

wirtschaft“ zusammen, die erfunden war, um abzulenken von den wahren Schuldigen.

Vergebens haben im Laufe der Auseinandersetzungen die Gewerkschaften auf die Sinnwidrigkeit verwiesen, die in der Drosselung der Kaufkraft der breiten Masse liegt. Vergebens zeigten sie auf, wie die Welt im Warenreichtum ersticke und daß die Folge sein müsse, noch geringerer Absatz wie bisher, noch mehr Anhäufung von Waren. Im Kreislauf: Steigende Arbeitslosigkeit und steigendes Elend. Sie wurden dafür von den Unternehmern in ihren Organen auf die unanständigste Weise angeödet und auch der „Schleifstein“, das Organ der Deutschen Steindruckereibesitzer, durfte in diesem Konzert nicht fehlen. „Blickloser Fanatismus“ tönte uns entgegen, blicklose Beschränktheit, echot es heute zurück.

Wenn an Tatsachen nachgewiesen wurde, daß wir im Reichtum an Gütern erstickten und die Unfähigkeit der heutigen „Wirtschaftsführer“ anprangerten, wurden wir verhöhnt. Heute ist das Allgemeinverständnis in der ganzen Welt geworden, es ist uns nur nicht bekannt, ob es bereits bis zu den Höhen unserer Gegenpartner hinauf gekommen ist.

Owen D. Young, der Vater des Youngplanes äußerte sich vor einiger Zeit mit erfreulicher Offenheit wie folgt:

„Ich kann das kapitalistische System ebensogut anklagen wie der Bolschewist. Ich kenne seine Fehler genau so gut wie er. Ich weiß, daß die Tatsache, daß in einem Winkel der Welt das Korn verkauft, während in einer anderen Gegend die Leute verhungern, ein Schandfleck auf die Maschinerie des Kapitalismus ist. Ich weiß, daß Arbeitslosigkeit, wenn Menschen da sind, die arbeiten wollen, und andere, die die Produkte brauchen, eine Schande für das kapitalistische System ist. Ich weiß, daß der Reichtum, der produziert wird, noch nicht gerecht verteilt ist.“

Und am 23. September d. J. erklärte in Genf der Vertreter der englischen Regierung Sir Arthur Salter im Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes, daß die gegenwärtige internationale Krise

nicht eine Krise der Armut, sondern eine Krise des Überflusses sei.

Der englische Nationalökonom Keynes und der frühere Handelsminister und Leiter einer Großbank Mc. Kenna erklärten neben anderem in einem Gutachten den Lohndruck als

„ein Rezept der Kopflosigkeit, vor allen Dingen für Schuldnerländer, da allgemeiner Lohndruck niemand helfen und nur die Folge haben kann, daß die Last der Schuldnerländer außerordentlich verschärft wird.“

Hätten doch unsere schlauen Unternehmer gehofft und es gehörte mit zu ihrer Begründung, daß mit Hilfe abgebauter Löhne der Auslandsmarkt in größerem Ausmaß erschlossen werden könne. In der Zwischenzeit haben aber, um dem Dumping vorzubeugen, die anderen Länder gleichfalls die Löhne abgebaut und unsere Kapitalisten spielen wieder auf ihrer alten Leier.

In den Pressemitteilungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf Nr. 16, 1931 wird der Professor von der Universität Kopenhagen, Jens Warming zitiert, der meint, wenn es in den großen Industrieländern in den letzten Jahren eine Ehrenfrage gewesen war, die Löhne stabil zu erhalten, so würde die Krise schneller überwunden worden sein. Und nach seiner Auffassung haben die Gewerkschaften den Gedanken am klarsten erfaßt, daß in einer Depression der Lohnstandard aufrecht erhalten bleiben muß.

Selten hatte sich wohl eine theoretische Auffassung der Gewerkschaften so bald als richtig erwiesen, wie die über den Lohn, wie sie in den Kämpfen der letzten Zeit vertreten wurde. Es ist jedoch kaum zu hoffen, daß die Unternehmer irgend etwas daraus lernen werden. Ebenso selten sind die Begründungen der Gewerkschaften in so weitem Ausmaß Allgemeingut geworden, wie in diesem Falle mit dem Hinweis auf den ungeheuren Güterreichtum der Welt. Und immer noch findet dieser Reichtum eine neue Bestätigung durch Vernichtung ungeheurer Mengen von Getreide, Kaffee, Baumwolle usw., um den Sturz der Preise wegen des Überflusses zu verhindern.

Der Götze Gold

Der Geldumlauf ist ins Stocken geraten und da das Geld der Vermittler ist, kommt der Mensch nicht zur Ware und er kommt auch nicht zur Verwendung seiner Arbeitskraft. Da kommen nun die Wunderdoktoren der kapitalistischen Welt mit allerlei Rezepten und preisen sie an. Die Forderung nach Vermehrung des Notenumlaufs taucht immer wieder und immer wieder auf. Die Vorgänge in England geben den Inflationismachern neuen Antrieb. Am 22. September d. J. forderte in Berlin der Großindustrielle Arnold Rechberg: Die Reichsbank soll den Notenumlauf verdoppeln oder verdreifachen und meint, das neue Geld würde wie ein warmer Regen von der Wirtschaft, die sonst verdorrt, aufgesogen werden. Allerdings kommen ihm Gedanken wegen eines Kurssturzes der Mark. Er tröstet sich aber damit; wenn die Mark auf den ausländischen Börsen dann nur noch 80 Pf. wert sei, dann hätten wir immerhin noch bei einer Verdreifachung des Notenstandes 2,40 Mark anstatt 1 Mk. Das nennt sich auch Wirtschaftsführer. Worauf stützt denn Herr Rechberg seinen Glauben. Es liegt doch viel näher, die Tatsache, daß die Mark an den ausländischen Märkten noch schneller stürzen würde wie der Notenumlauf zunimmt. Soll Herr Rechberg von dem Sturz des englischen Pfundes am gleichen Tage, an dem er seine Rede hielt, nichts gemerkt haben? Und dabei ist dieser Sturz nicht geboren aus inflatorischem Notendruck des englischen Reiches, sondern aus einer Vertrauenspanik an den Börsen dem Pfund gegenüber, die dann die englische Regierung veranlaßt, die Goldbasis ihrer Währung aufzuheben, eine Maßnahme, die dann den Sturz derselben beschleunigte. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine Verdopplung oder eine Verdreifachung des Notenumlaufs in Deutschland die ausländischen Besitzer von Mark zur Flucht aus derselben veranlassen würde. Die Folge würde ihr Sturz sein und wir sind nicht so naiv zu glauben, daß dieser bei 80 Pf. aufhören würde.

Wie wäre jedoch die Wirkung im Innern? Preissteigerung, der wieder einmal die Löhne der Arbeiter nicht nachkommen würden! Folge: Entwertung der Löhne oder mit anderen Mitteln, eine neue Lohnsenkung. Und darauf kommt es den Herrschaften in erster Linie an. Wie sehr der Sturz der Währung eine Preissteigerung hervorruft, beweist in diesen Tagen gerade England. An den Börsen ist nicht nur Haussee in Rosstoffen, sondern auch der Konsument von Fertigwaren bekommt sie bereits zu fühlen. Die Südbahn hat bereits am dritten Tage nach der Aufhebung der Goldbasis erklärt, daß sie ihre Fahrpreise und Frachtsätze auf Goldbasis berechnen wird.

Bei dem heutigen Zustand der Welt, der besonders gekennzeichnet ist durch eine unlösbare starke wirtschaftliche Verflechtung aller großen Industriestaaten, ist es unseres Erachtens ausgeschlossen, daß ein einzelner dieser Staaten isoliert die Golddeckung seines Notenumlaufs willkürlich regeln kann. Zweifellos ist es eine Aufgabe, die zu lösen ist, solange Gold als internationaler Wertmesser gilt, die Menge des vorhandenen Goldes und den Bedarf an Notenumlauf einander anzupassen. Aber diese Aufgabe kann nur international gelöst werden. Das Problem liegt darin, daß mit zunehmender Bevölkerungsziffer, zunehmender Industrialisierung und einer ins Gigantische gestiegenen Warenerzeugung mehr Zahlungsmittel notwendig sind, um die Zirkulation aufrecht zu erhalten, sofern nicht durch bargeldlosen Verkehr und Beschleunigung der Zirkulation ein Ausgleich stattfindet. Wächst nicht im gleichen Ausmaß der Goldvorrat der Notenbanken, dann muß die Golddeckungsgrenze tiefer gesetzt werden. Allerdings sind damit die Wirtschaftskrisen nicht beseitigt, bestenfalls gemildert, soweit sie von der Geldseite aus beeinflusst sind. Ich betone noch einmal, das ist eine internationale Aufgabe, mit dem Gewinnschwanz der nationalen Selbsthilfe ist hier nichts anzufangen. Und ebenso ist es eine internationale Aufgabe, einen Ausgleich zu schaffen, wenn die Goldbarren der Erde sich zum so überwiegenden Teil an zwei Plätzen, Paris und Neuyork befinden, wie es gegenwärtig der Fall ist.

Vor dem Kriege war die Golddeckung der Noten in Deutschland 33 Proz. Es wäre nicht einzu-sehen, weshalb bei der Stabilisierung der Mark 40 Proz. festgesetzt wurden, wenn man nicht die Tatsache feststellen müßte, daß das Finanzkapital ein Interesse daran hatte. Je höher die Deckung, um so geringer der Notenumlauf und um so teurer das Leihkapital. Die Geldbesitzer konnten so dauernd mit einem hohen Zinssatz rechnen. Tatsächlich war dieser in Deutschland ständig höher als in den übrigen Industriestaaten.

Von Goldmachern, Wahrsagern und Graphologen

Es ist erst wenige Monate her, da hielt sich die Welt den Bauch vor Lachen als bekannt wurde, daß „nationale“ Kreise dem „Goldmacher“ Tausend auf den Leim gegangen waren. Für sich hat er bestimmt Gold gemacht, denn er hat die Herrschaften nicht schlecht geschrippt. Die armen Tröpfe aber hatten geglaubt, damit die Nation

retten zu können, wobei sie sich selbst mit der Nation verwechselten. Sie erkannten in ihrer Beschränktheit nicht, daß Gold so wertlos würde wie Ziegeleiste, wenn es in derselben Menge zu erzeugen wäre. Ähnliche sonderbare Heilige gibt es aber nicht nur in den nationalen Kreisen der Politik, sondern auch der Wirtschaft.

Von Lahusen wird bekannt, daß er kurze Zeit vor dem Zusammenbruch sich wahrsagen ließ und er deutete den Orakelspruch des alten Weibes dahin, daß doch in Bälde das dritte Reich komme, und dann sein betrügerischer Bankrott unter der Flagge des Hakenkreuzes verziehen werde.

Die leitenden Personen der Hamburg-Amerika Linie in Hamburg und des Norddeutschen Lloyds in Bremen sind nicht gut auf einander zu sprechen. In der Hapag ist es üblich, ehe Angestellte angenommen werden, deren Bewerbungsschreiben einem Hausgraphologen zu unterbreiten und je nachdem das Urteil dieses Schriftsetzers ausfällt, hat der Bewerber gute oder schlechte Aussichten. Eines Tages kamen die Herren der Hapag auf die Idee, einen Brief des Generaldirektors Glässel vom Norddeutschen ihrem Hausgraphologen zu unterbreiten, nachdem sie vorher die Unterschrift entfernt hatten. Die entscheidenden Stellen seines Gutachtens lauteten: „Der Mann ist ein Hasardeur und ein Bankrotteur; er würde Ihren Betrieb ruinieren, engagieren Sie ihn nicht.“ Aber der Mann ist Generaldirektor und wahrscheinlich auf dem richtigen Platz. Ein Tippräulein würde nach diesem Urteil sicher nicht unterkommen.

Wenn es nicht so trostlose Wahrheit wäre und wenn nicht unter diesen ganzen Beschränktheiten die deutsche Arbeiterklasse so schwer zu leiden hätte, dann würde man wahrhaft darüber lachen können. Es ist aber sicher nichts zum Lachen, denn diese Gestalten beherrschen ja Deutschland. Wir dürfen nicht glauben, daß diese Fälle vereinzelt sind. Sie werden nur sehr selten bekannt und sie sind nicht nur bei Lahusen, in der Schifffahrt und in den nationalistischen Kreisen zu finden. Ich verweise nur an einen Fall, der vor etwas längerer Zeit in diesen Spalten veröffentlicht wurde. Da war der Graphologe der Freund des Bewerbers und selbstverständlich fiel sein Urteil günstig aus. Der Reinfall war ein vollendeter.

perpetuum.

Die Umwälzungen der Wirtschaft und die Vierzig-Stunden-Woche

IV.

Je mehr sich ein Wirtschaftskörper entwickelt hat, um so mehr kann naturgemäß seine Ausdehnung nur in spezialisierten Industrien erfolgen. Natürlich läßt sich der Bergbau oder die Eisenindustrie sehr rasch, geradezu explosiv ausdehnen. Wenn aber das Wachstum eines Wirtschaftskörpers darin besteht, daß sich um die landwirtschaftliche Urproduktion herum ein immer breiterer Ring von spezialisierten, neuartigen Industrien legt, für die erst die technischen Ideen, die kommerziellen Ideen und schließlich der Markt gefunden werden müssen, so ist das nicht von heute auf morgen zu machen.

Man könnte nun sagen — und das ist mir einmal von kommunistischer Seite entgegengehalten worden —: das würde ja darauf hinauslaufen, daß man den technischen Fortschritt drosselt und die Expansion der Produktivkräfte läßt. Darauf ist zu antworten: natürlich bedeutet es das. Diese Forderung müßte gerade bei den Kommunisten auf eine gewisse Gegenliebe stoßen, weil doch der Gedanke des Fortschritts bekanntlich eine bürgerliche Ideologie ist. Die Frage der Beschleunigung des technischen Fortschritts muß ebenso vom Gesichtspunkt des Interesses der Gesamtheit aus überlegt werden wie jede andere Produktionsfrage. Bremsung des technischen Fortschritts heißt ja nicht Vernichtung desselben, sondern nur bestimmte Forderung, wie sie in vielen Wirtschaftszweigen schon geübt wird. Wenn eine Arbeit erspart wird, die vorher nicht geleistet worden ist, dann ist eine neue Produktionsmöglichkeit geschaffen. Es ist aber etwas ganz anderes, wenn ich in einer gegebenen Produktionsmöglichkeit 20 Proz. der Arbeiter durch Maschinen überflüssig mache. Für unsere Problemstellung bedeutet es, daß wir mit einer erheblichen sogenannten strukturellen Arbeitslosigkeit zu rechnen haben werden, solange nicht für alle die Massen, die durch den technischen Fortschritt ausgeschaltet worden sind, neue Produktionsstätten aufgebaut werden. Und das kann natürlich lange dauern.

Mit der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit hängt eine ganze Reihe anderer Fragen zusammen, aber es kam mir in erster Linie darauf an, durch die Analyse der gegenwärtigen Lage nachzuweisen, daß es sich hier nicht nur um eine Forderung handelt, die unmittelbar aus der gegenwärtigen Situation heraus erhoben wird, sondern um eine Forderung, die mit gutem Gewissen als eine Dauermaßnahme empfohlen werden kann. Sie

würde zunächst einmal ökonomisch wohltätig wirken, und wenn sie einmal in Zeiten guter Konjunktur die Arbeitslosigkeit restlos beseitigen sollte, so würde sie außerordentlich günstig auf die soziale Versicherung und damit auf die öffentlichen Finanzen wirken. Außerdem würde in keiner Weise die Höhe des Sozialproduktes selbst verringert. Auch aus dem Arbeitsprozeß heraus würde sich die Verkürzung der Arbeitszeit empfehlen, weil in zahlreichen Produktionszweigen die Veränderung der Technik zu einer sehr starken Beanspruchung der Arbeiter geführt hat.

Die Frage der Reallohne, also des Lohnausgleichs, wird natürlich bei einer besseren Wirtschaftslage sofort zu einem praktischen Problem. Auch von diesem Gesichtspunkt aus ist eine Verkürzung der Arbeitszeit empfehlenswert, weil, so lange noch strukturell Arbeitslose von 800 000 oder 1 Million Menschen auf dem Markte sind, eine entsprechende Steigerung der Reallohne bei noch so raschem Steigen des Sozialproduktes an den Schwierigkeiten der Arbeitsmarktlage ihre Schranken finden würde. Es ist für noch so große und starke Gewerkschaften eine sehr schwierige Sache, im Falle einer so erheblichen Arbeitslosigkeit eine Steigerung der Reallohne durchzusetzen.

Die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung reicht natürlich weit über die ökonomische Bedeutung selbst hinaus. Es ist zunächst eine Forderung, die in der deutschen Öffentlichkeit nicht den genügenden Widerhall gefunden hat, den sie verdienen würde, eine Forderung, die das glänzendste Zeugnis für die Lebendigkeit des Solidaritätsgefühls innerhalb der Arbeiterklasse ist, die ein tatsächlich beschränktes Arbeitsvolumen zur Grundlage einer Forderung der Verteilung desselben auf eine größere Masse macht. Dabei sind sich die einzelnen wohl darüber klar, daß ein Lohnausgleich damit schwerlich oder nur in ganz unzulänglichem Umfange verbunden wäre. Es steht das geradezu im Gegensatz zur kapitalistischen Denkwelt. Also hier liegt ein der Art nach anderes Bewußtsein vor, das sich natürlich wieder aus der Lage ergibt.

Es sind damit aber natürlich auch noch andere Konsequenzen verbunden, die in dem Buche über „Die Vierzig-Stunden-Woche“ angedeutet oder näher ausgeführt sind. Es ist natürlich, daß eine Vermehrung der Freizeit, wenn sie richtig angewandt wird, zur Hebung des Niveaus und zu einer Verbesserung der Gesamtlage der Arbeiterschaft führen muß insofern, als hier die Möglichkeit gegeben ist, zu dem Arbeitsinhalt noch anderen Lebensinhalte hinzuzufügen oder diesen anderen Lebensinhalte in höherem Maße als bisher zu pflegen. Es ist natürlich die Arbeit eine der wesentlichsten Interessen jedes gesunden Menschen, und der gesunde Tätigkeitsdrang sorgt auch dafür, daß die Arbeit geschätzt wird, aber sie hat doch innerhalb der Großwirtschaft vielfach solche Formen für alle Klassen der Bevölkerung, nicht nur für die Arbeiter, sondern auch die Angestellten und Unternehmer angenommen, daß Kombinationen mit außerberuflicher Tätigkeit, sei es dem Golfspiel für den Großunternehmer oder dem Wandern für Angestellte und Arbeiter, Kombinationen mit Sport und Spiel und Betätigungen der verschiedensten Art — eine wissenschaftliche oder politische Arbeit — anzutreffen sind; aber solche Kombinationen sind Gegengewichte in sehr vielen Fällen, um die Arbeitsleistung besser und ausgiebiger durchführen zu können. Wenn diese Forderung der Vierzig-Stunden-Woche, woran ich bei der raschen technischen Entwicklung nicht zweifle, sich über kurz oder lang durchsetzt, so ergeben sich daraus ganz weitreichende Folgen für die Gewerkschaftsarbeit. Es ist dann Aufgabe der Organisationen, ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, diese Freizeit entsprechend anzuwenden, das heißt also, diese Freizeit zu einem wichtigen, zu einem neuen Schritt in der Emanzipationsbewegung des Proletariats zu machen. All die Bildungseinrichtungen, die die Gewerkschaften sich schon geschaffen haben, werden noch eine ungleich größere Bedeutung bekommen, wenn wir entweder ein langes Wochenende, also Samstag und Sonntag, oder aber eine Verkürzung der Arbeitszeit — sagen wir auf 6 oder 7 Stunden am Tage — bekommen sollten. Es wird damit eine der wichtigsten Etappen in der Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft zurückgelegt sein. Die deutschen Gewerkschaften würden, wenn sie die Vierzig-Stunden-Woche durchsetzen und entsprechend auswerten können, eine nationale Leistung ersten Ranges vollbracht haben, weil sie dem Arbeiter die Verfügungsmöglichkeit über seine Persönlichkeit erweitern, und weil all die Triebkräfte, die mit Beginn der sozialistischen Bewegung lebendig waren, der Drang nach Freiheit, nach Ausweitung des eigenen Selbst, sich in ungeheurem Maße entfalten könnten. Wir haben heute nur eine Freisetzung von Arbeitskräften durch die Maschine und die kapitalistische Konjunktur. Wir müssen anstreben, eine Freisetzung der persönlichen Kräfte durch den technischen Fortschritt, und das kann die Wirkung einer verkürzten Arbeitszeit sein.

VERBAND UND BERUF

Der Tarifvertrag für das Lithographie- und Steindruckgewerbe allgemeinverbindlich

Der Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie-, Offset-, Steindruck-, Notendruck- und Notensteinergewerbe und die Deutsche Bromsilber-Kunstdruckindustrie ist mit Wirkung vom 1. September 1931 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die Eintragung in das Tarifregister erfolgte am 28. September 1931 auf Blatt 9787 lfd. Nr. 24.

Der Verbandsvorstand.

Wie aus obiger Bekanntmachung hervorgeht, ist der Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe auf Antrag der Tarifparteien, dem Verband Deutscher Offset- und Steindruckereibesitzer und dem Verband der Lithographen und Steindrucker, vom Reichsarbeitsminister unterm 21. September 1931 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit ist der 1. September 1931.

Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gehilfen im Lithographie-, Offset-, Steindruck-, Notendruck- und Notensteinergewerbe sowie in der Bromsilber-Kunstdruckindustrie (§ 1 des Tarifvertrages).

Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich auch auf Lithographie- usw. Abteilungen anderer Unternehmungen, soweit für diese nicht andere Tarifverträge bindend sind.

Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Verwaltungen und Betriebe des Reichs, der Länder, der Gemeinden und sonstiger öffentlicher Körperschaften einschließlich der Reichsbahn, die entsprechende Arbeiten lediglich für Verwaltungszwecke verrichten.

Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.

Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Die allgemeine Verbindlichkeit der Vereinbarung vom 8. Juli 1930 über Abänderung und Wiederinkraftsetzung des vom 1. Juni 1929 ab gültigen Reichstarifvertrages hat geendet.

Nazi-Stuß

Daß die Nazis, wenn sie ihr Heldenmaul aufmachen, Blödsinn produzieren, ist eine gemachte Erfahrung. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß politische Kinder ihnen bei Wahlen die Stimme geben. Das ist nur der Ausdruck dafür, daß unsere Zeit wirtschaftliche Revolutionszeit erster Ordnung ist, die bestimmten Bevölkerungsschichten den Existenzboden entzieht und sie sichtbar proletarianisiert. Daraus erwächst die Verzweiflung, die nicht mehr mit Vernunft prüft, sondern der Verheißung nachläuft und jeden Schwindel glaubt. Und die Nazis schwindeln besser wie gedruckt, weil ihnen die Dummheit in unbegrenzten Massen zur Verfügung steht. Dafür erneut ein kleiner Beweis, der die Kollegen näher angeht. Der „Völkische Beobachter“ berichtete über unsern Erfurter Verbandstag unter dem Titel „Rückgang“ wie folgt:

„Der Verband der Lithographen und Steindrucker hat im Berichtsjahr 1930 einen Rückgang von 2 Prozent bei den männlichen, einen solchen von 9 Prozent bei den weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen, wobei zu beachten ist, daß die weiblichen Mitglieder rund $\frac{3}{4}$ der Gesamtmitgliedschaft umfassen.“

Der Rückgang im Jahre 1931 hat weitere Fortschritte gemacht. Im letzten Vierteljahr mußten nämlich 16 Zahlstellen dazu übergehen, an durchreisende Mitglieder die Zahlung von Reiseunterstützung nicht mehr zu gewähren. Es sind dies folgende Orte: Neustadt a. d. H., Freiberg i. Sa., Hildesheim, Pforzheim, Sebnitz i. Sa., Zeitz, Münster i. W., Arnstadt i. Th., Dessau, Dulsburg-Hamborn, Zwickau, Marburg, Wittenberg, Sonneberg, Ansbach, Konstanz.

Die Folgen der Erfüllung- und Verständigungspolitik drücken sich erschreckend aus. Auf dem Verbandstag stimmte der Verbandskassierer ein bewegliches Klagegeld an. Er machte auch Vorschläge zur Behebung der Nöte. Diese Vorschläge gingen aber nicht etwa nach der Richtung hin, sich von dem marxistischen Verleumdungswillen abzuwenden, der so viel Unglück für die deutsche Arbeiterschaft gebracht hat; vielmehr wußte der Kassenhauptling keinen anderen Ausweg als die Aufforderung an die Delegierten, darüber zu entscheiden, ob der Verband als eine Gewerkschaft oder als ein Unterstützungsverein weitergelten solle!

Der Niederschlag dieser Anregung fand ver-

ständnisvolle Würdigung bei den „Abgesandten“ des Volkes.

Man erhöhte den Beitrag auf 2,40 Mark und „regelte“ die Unterstützungssätze so, daß der Verband kein Unterstützungsverein mehr ist.

Da 75 Pfennig pro Beitrag restlos der Gewerkschaftskasse (lies: Verwaltung) zuzuführen sind, dürfte zunächst einmal die Erhaltung des Verwaltungskörpers für einige Zeit gewährleistet sein.“

Auf so geringen Raum ist wohl selten ein so großer Haufen Stuß aufgestapelt worden. Hört ihrs, Kollegen, die weiblichen Mitglieder des Verbandes — laut Geschäftsbericht Dezember 1930 74 — machen zwei Drittel des Verbandes aus. Genau so wahr ist die Angabe über die Mitgliederbewegung 1930. Die Wirklichkeit ist: Januar 1930 — 20703 Mitglieder — Dezember 1930 21055 Mitglieder. Und so ist es mit allen anderen Angaben des Naziblattes. Auch den politischen und wirtschaftlichen. Daraus kann man sich einen Vers machen was die ganze Nazibewegung ist: Eine Knüppelgarde Gelber, Handlanger und Werkzeuge der Reaktion!

Düsseldorf zur Situation im Chemigraphiegewerbe

Am 23. September fand hier eine fast restlos besuchte Versammlung der Chemigraphen statt. In einem längeren Vortrage zeigte der Gauleiter den zurückgelegten Weg der Tarifgemeinschaft auf, wobei er zu dem Schlusse kam, daß der Verständigungswille der beiden Berufskontrahenten dem Gewerbe zum Nutzen gereichte. Belegt wurden seine höchst interessanten Ausführungen, die besonders der Jugend ein Spiegelbild vergangener Zeit gaben, mit graphischen Darstellungen, die ein übersichtliches Bild boten.

Zum Schluß kam er auf die Vorgänge der letzten Wochen zu sprechen und drückte sein starkes Befremden aus, daß plötzlich von den Unternehmern eine Richtung eingeschlagen werde, welche einfach nicht mehr zu verstehen sei. An Stelle der Vernunftbehandlung sei die nackte Brutalität getreten. Dies sei auch jetzt so gefährlich, wie es schon einmal in der Inflationszeit sich ausgewirkt habe.

Die Gehilfenschaft kann für sich in Anspruch nehmen, den Betriebsbelangen Verständnis entgegengebracht zu haben. Neben einem 4prozentigen Lohnabbau haben die Gehilfen durch Arbeitszeitverkürzung erhebliche Lohneinbußen auf sich genommen. Sie waren bereit zu einer weiteren Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden pro Woche.

Arbeitszeitverkürzung nützt uns nichts, lautete die Antwort der rein chemigraphischen Betriebe. Wir müssen einen mindestens 20prozentigen Lohnabbau haben. Daß damit jede Verständigungsmöglichkeit zum Scheitern gebracht werde, wußten auch die Unternehmer und es gewinnt den Anschein, als ob solches beabsichtigt gewesen sei. Man klagt darüber, daß die anfallenden Arbeiten heute um jeden Preis gemacht werden müßten und will den Gehilfen die Sünden der Betriebe aufbürden. Dagegen wehren sich die Gehilfen mit vollem Recht.

Die beiden ältesten und größten Betriebe haben nun stillgelegt; deren Inhaber denken ernstlich gar nicht daran, die Betriebe aufzugeben.

Die Gehilfenschaft erhebt nicht den Vorwurf, daß das Vorgehen dieser beiden Firmen einem geschickten Manöver gleicht, sondern sie wartet ab was nun kommen wird. Sie sagt nur: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu!

In der anschließenden regen Debatte wurde einmütig die Ansicht vertreten und auch zum Beschluß erhoben, daß der Verbandsvorstand verpflichtet sei, die Streichung der beiden Firmen aus dem Tarifregister zu beantragen. Bisher wurden in der Tarifgemeinschaft keine Firmen ohne Produktion geführt. Würden die Firmen dennoch in der Tarifgemeinschaft verbleiben, so würde dies dem Sinn der Tarifgemeinschaft widersprechen.

— s —

Ein Ruf für internationale Zusammenarbeit aus Amerika

Es ist leider eine Tatsache, die gar nicht oft genug betont werden kann, daß die Arbeiter der graphischen Industrien mit den Ländern englischer Zunge noch sehr ungenügende internationale Verbindungen haben; der Internationale Bund der Lithographen ist der einzige, der auch in England vertreten ist; die englischen Buchbinder werden

sich ab 1. Januar 1932 ihrer internationalen Union wieder anschließen, aber mit den Vereinigten Staaten von Amerika hat noch keiner der Verbände der graphischen Industrie festgefügte, internationale Beziehungen.

Um so beachtlicher ist daher ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes der Buchbinderei und Papierverarbeitung von Amerika, das dieser an den Arbeitnehmerverband der Buchbinder gerichtet hat und welches von letzterem in der Verbandszeitung vom Monat August veröffentlicht wird. In diesem Schreiben des Arbeitgeberverbandes wird nichts Geringeres angeregt als die Festlegung von Mindestlöhnen und Höchstarbeitszeit, und zwar heißt es ausdrücklich — derartige Vereinbarungen können nur Zweck haben, wenn sie sich über alle Kulturländer erstrecken.

Natürlich haben die Arbeitgeber diesen Vorschlag nicht gemacht um der schönen Augen ihrer Gehilfen willen, sondern weil die Vereinigten Staaten einen großen Teil ihrer Exportmöglichkeit teils schon verloren haben, teils immer mehr schwinden sehen; für die Arbeiter in der graphischen Industrie aber dürfte dieser unerwartete Ruf nach internationaler Zusammenarbeit von jenseits des großen Teiches das Signal sein, daß die internationalen Verbindungen der Buchbinder, Buchdrucker und Lithographen nunmehr wahrhaft weltumspannend werden müssen.

So sollst du dein Verbandsblatt lesen

Viele Mitglieder des Verbandes lesen ihr Verbandsblatt nicht so, wie das Blatt es verdient. Viele andere beachten es kaum. Es liegt darin eine gewisse Schwäche des Charakters begründet. Denn das weiß jeder, daß das Blatt ihm gewiß manch Neues und Gutes mit jeder Nummer zu sagen hat, aber es fehlt der Entschluß des Anfangens mit dem Lesen. Es war nun immer so gewesen. Stets war das Verhältnis so lässig. Da nun anders? Die Entschlußkraft fehlt.

Darum, Kollege, der du das Blatt bisher zu wenig beachtet hast, raffe dich auf! Es ist dies ja oft eine Schwierigkeit, dieses Nichtanfangen können. Auch bei Geistesarbeitern findet man es oft.

Dieses Nichtanfangen können und Nichtanfangen wollen mit gewerkschaftlicher Lektüre ist ein Kernübel im proletarischen Bildungswesen der Zeit. Hier Überwindung zu schaffen durch den starken Entschluß der Tat: und der gewerkschaftlichen Bewegung werden ungeheure neue Energien gewonnen.

Bei diesem Entschluß des Bildungswollens muß sich jeder natürlich klar sein, daß die Lektüre nicht zum Vergnügen geboten wird. Es ist gerade für kämpfende Menschen so, wie Goethe es einmal ausgesprochen hat: „Du bist über die Kinderjahre hinaus, du mußt also nicht nur zum Vergnügen, sondern zur Besserung deines Verstandes und deines Willens lesen!“

Und dann gibt Goethe das Rezept zum Lesen. „Siehe, so mußt du es machen!“, spricht er. „Nimm ein Stück nach dem anderen in der Reihe, lies es aufmerksam durch, und wenn es dir auch nicht gefällt, lies es doch! Wenn du es gelesen hast, dann stelle Beobachtungen darüber an. Im Anfang wird es dir schwer werden, aber bald wird es leichter gehen wie mit dem Schreiben. Fange damit an, aber bald!“

Darum keine Ausflüchte mehr und keine Bedenken! Fange an! Entschließe dich! Und lies gründlich! Und eine Welt wird sich dir neu offenbaren. Und du wirst vieles ganz anders sehen und schöner und glaubender. Du wirst wachsen in dir.

Doch fange an!
Fange darum an!

50-Jahrfeier des Verbandes der Bucharbeiter von Frankreich

Ende August d. J. konnte der Verband der Bucharbeiter von Frankreich auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken, und er benutzte die Gelegenheit nicht nur zur Veranstaltung einer bescheidenen Feier auf nationaler Grundlage, sondern mehr noch dazu, die internationale Verbundenheit der Berufsangehörigen zu betonen. Da der Verband der Bucharbeiter von Frankreich auf der Grundlage des Industrieverbandes aufgebaut ist, waren zu den Jubiläumsfeierlichkeiten geladen und erschienen die Internationalen Sekretariate der Buchbinder, Buchdrucker und Lithographen, ferner Delegierte der zuständigen Berufsorganisationen aus folgenden Ländern: Belgien, Deutschland, Holland, Jugoslawien, Luxemburg, Schweden, Schweiz und Tschechoslowakei.